

Was waren dagegen die Begründungen und Argumente derjenigen, die einen Erhalt des Hauses befürworteten? Und welche Indizien gibt es dafür, dass die Gewerkschaftsspitze von Beginn an auf eine Schließung hingearbeitet hat und "dass weder der Bundesvorstand noch der Gewerkschaftsrat jemals ein Interesse an einer Lösung jenseits der Schließung hatten" (so die Vorsitzende des damals neu gegründeten Vereins „Freunde und Förderer der Bildungsstätte Lage“, Stephe Karger, in der LZ v. 13.5.2015)?

Von Gewerkschaftsmitgliedern wurde schnell angezweifelt, dass die Argumentation, eine mögliche Sanierung des Hansen-Hauses gefährde die Substanz der Streikkasse (des wichtigsten Instruments der Gewerkschaften), sachlich stichhaltig sei. Nach internen Berechnungen sollen Anfang 2015 etwa 550 Millionen Euro an Streikgeldern zur Verfügung gestanden haben. Auch wenn ein Betrag von 3,5 Millionen Euro für die Sanierung des Hansen-Hauses ausgegeben würde, könne von einer Gefährdung der Streikkasse keine Rede sein.

Vor den späteren Entscheidungen gab es bereits verschiedene Initiativen zum Erhalt des Hauses, beispielsweise Kosteneinsparungen bei den Investitionen, Versuche der Erhöhung der Belegungszahlen und auch Beiträge der Beschäftigten. „Ich sehe da auf jeden Fall Chancen“, betonte Hermann Janßen, Geschäftsführer des Verdi-Bezirks Herford/Minden/Lippe in der LZ vom 4.3.2015, also noch vor den endgültigen Beschlüssen. Später wurde dem Bundesvorstand und dem entscheidenden Gewerkschaftsrat vorgeworfen, diese Initiativen überhaupt nicht mehr gewürdigt und berücksichtigt zu haben.

Die wohl gravierendsten Vorwürfe wurden allerdings erst in der nächsten Zeit öffentlich. Den Inhalt dokumentieren wir in den folgenden beiden Artikeln aus der Verdi-eigenen Zeitung „Druck + Papier“. Der erste Artikel stammt aus der Ausgabe 1-22, S. 14, der zweite stammt aus der Ausgabe 3-22, S. 15.

Aus dem ersten Text geht hervor, dass die Delegierten auf dem Bundeskongress 2015 eine Beurteilung vorgenommen haben sollen, ohne das Haus je gesehen zu haben und ohne detaillierte und zuverlässige Informationen über den Zustand gehabt zu haben.

Und beiden Artikeln gemeinsam ist die Aussage (und das ist das eigentlich Bristante), dass eine sehr umfangreiche Verbesserung des Brandschutzes und andere teure Renovierungen gar nicht nötig gewesen wären. Die Stadt Lage habe erklärt, für einen möglichen Weiterbetrieb hätte es einen Bestandsschutz gegeben. Damit „wären die bestehenden Brandschutzregelungen – mit kleinen Einschränkungen – ausreichend gewesen“ (so wörtlich im 2. Text).

Das würde bedeuten, dass es von Verdi gar keine Millionenaufwendungen hätte geben müssen. Dafür hat man sich in der Verdi-Spitze aber offenbar gar nicht großartig interessiert und darum hat man sich offenbar gar nicht weiter gekümmert, denn die Argumentation lief weiterhin auf die kommenden finanziellen Belastungen hinaus. Es ist auch nicht bekannt, ob diese bis dahin kaum bekannten und diskutierten „Vorteile“ in den späteren Kaufpreis eingeflossen sind oder ob die späteren Käufer durch niedrige Kaufpreise noch von dem angeblich nötigen Millionenaufwand profitiert haben.

Die nachfolgenden Käufer (zuerst die BGW Berliner Gewerbe- und Wohnprojekt und danach der Fleischkonzern Tönnies) haben sich die Lage jedenfalls (in diesem Fall sogar verständlicher Weise) zunutze gemacht: Es hat zwar Renovierungen gegeben, auch im Hinblick auf Brandschutz (Brandschutzdecken, Brandmelder,...), allerdings keine Millionen teuren Aufwendungen. „Brandschutz keine Hürde“, heißt es daher in der Zwischenüberschrift des ersten Textes.

Vorausgesetzt, dass diese Angaben richtig sind (und nichts deutet darauf hin, dass sie falsch sind, sie sind auch nach unserer Kenntnis bisher nicht widerrufen worden), würde das die Vorwürfe derjenigen nachträglich unterstützen und bekräftigen, die das Haus gern für die Gewerkschaft erhalten hätten: Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat von Verdi hätten demnach offenbar keinerlei wirkliches Interesse daran gehabt, das Haus zu behalten. Sie sahen hier offenbar eine gute Chance, es mit einer fadenscheinigen Begründung abstoßen zu können.

Den Beschäftigten und den anderen Fürsprechern nutzen diese nachträglichen Erkenntnisse sowieso nichts mehr. Aber der LZ-Redakteur Wolfgang Becker, den wir mit seinem Kommentar in der LZ vom 14./15.5. 2015 auf einer früheren

Seite bereits zitiert haben, hätte dann vollkommen recht mit der Beschreibung des Vorgehens der Gewerkschaftsspitze: "Eine eiskalte Entscheidung"!

Wie oben schon gesagt: Wir als Außenstehende können nicht definitiv sagen, welche Position richtig oder falsch ist. Aber jede(r) kann sich aus den vorherigen Beiträgen eine eigene Meinung bilden.

Das soll es erst einmal gewesen sein mit unserer Rekonstruktion der Geschichte des Heinrich-Hansen-Hauses in Lage-Hörste. Nachdem der Plan des Fleischkonzerns Tönnies, das Haus als »zentralen Anlaufpunkt für ausländische Mitarbeiter« zu nutzen, um »sie auf das Leben in Deutschland vorzubereiten«, nicht verwirklicht worden ist, ist das Gebäude seit 2022 eine Unterkunft für Geflüchtete.